

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Rheingau Rheingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Erscheinung: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Flörsheim, Rathhäuserstraße 8. Telefon Nr. 59. Postfachkonto 168 67 Frankfurt.



Anzeigen: kosten die Doppelseite Colonne oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Kleinanzeigen die Doppelseite Colonne oder deren Raum 30 Pf. Der Bezugspreis beträgt 1.— Rm. Bei Postbezug 1.50 Rm.

Nummer 23.

Donnerstag, den 4. März 1926.

30. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Reichskanzler Dr. Luther ist aus Hamburg wieder nach Berlin zurückgekehrt.

— Die verläutet, soll der frühere Reichsinnenminister Schiele Vorsitzender der Deutschen Nationalen Volkspartei werden.

— Auf eine kleine Anfrage im Preussischen Landtag erwidert der Innenminister, daß das Redeverbot für Hitler sich nur auf dessen Auftreten in öffentlichen Versammlungen und Veranstaltungen beziehe. Ob Mitgliederversammlungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei als geschlossen anzusehen seien und somit von dem Verbot nicht betroffen würden, könne nur von Fall zu Fall entschieden werden.

— Die Königlich Akademie der Wissenschaften zu Stockholm hat den Reichskanzler Dr. Luther zum auswärtigen Mitglied ernannt.

— Das Oberste Landesgericht in München hat die Beschwerde der Staatsanwaltschaft Nürnberg über Nichteröffnung des Verfahrens gegen Dr. Luppe als unbegründet zurückgewiesen. Oberbürgermeister Dr. Luppe hat daraufhin die Amtsgeschäfte heute wieder übernommen.

— Die Verträge von Locarno sind von der französischen Kammer mit 411 gegen 71 Stimmen angenommen worden.

— In Bogen ist jetzt die erste Nummer der deutsch gedruckten „Alpenzeitung“ erschienen, die von Faschitz geleitet wird.

— Nachdem die „Meraner Zeitung“ am 28. Februar nach mehr als 50-jährigem Bestehen unter dem Zwang der Verhältnisse ihre Erscheinung eingestellt hat, ist zum ersten Mal die „Alpenzeitung“, ein deutsch geschriebenes, aber italienisch orientiertes Blatt, erschienen. Damit ist die letzte täglich erscheinende deutsche Zeitung in Südtirol verschwunden.

— Im amerikanischen Senat verfügen die Gegner und Anhänger des amerikanisch-italienischen Schulabkommens über ungefähr die gleiche Stärke. Die Regierung sucht einige Senatoren zu gewinnen, um die Ratifizierung zu sichern.

— Die japanische Regierung hat ihrer Delegation für Genf neue Instruktionen zukommen lassen. Obwohl sie grundsätzlich gegen jede Erweiterung des Völkerbundes ist, wird sich die Regierung der Auffassung der Mehrheit anschließen. Es sei nicht zu verkennen, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aller Voraussicht nach eine vollständige Neugestaltung des europäischen Gleichgewichtes mit sich bringen wird.

Schritt für Schritt!

Aus Anlaß seines Besuches in Hamburg hielt Reichskanzler Dr. Luther bei einem ihm zu Ehren gegebenen Festessen des Hamburger Senats eine Rede, in der er zunächst in längeren Ausführungen die seit dem Dawes-Abkommen verfolgte Außenpolitik verteidigte. Schritt für Schritt sei man nach dem Aufbruch unter Beseitigung der Mißverständnisse, unter Erleichterung der Befahrungsverhältnisse und endlich unter Räumung der nördlichen Rheinlandzone vorwärts gekommen.

Es könne sich nicht darum handeln, plötzlich einen großen Sprung aufwärts zu tun, sondern die Wiederaufrichtung Deutschlands sei nur zu erreichen durch stetige Kleinarbeit und festes Vertrauen in die Kraft des deutschen Volkes. Deshalb habe Deutschland auch das Locarno-Abkommen abgeschlossen, das den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorsehe. Damit im Zusammenhang stehe die Frage der Erweiterung des Völkerbundes durch Aufnahme eines ständigen Ratesitzes an Deutschland. In dieser Angelegenheit habe man in letzter Zeit eine lebhaftige Pressepolemik eingeleitet, da man beabsichtige, gleichzeitig mit Deutschland noch andere Länder in den Völkerbund als ständige Mitglieder aufzunehmen. Auf Grund der Verhandlungen von Locarno habe sich aber nichts ergeben, was diesen nachträglich konstruierten Standpunkt rechtfertige. Es sei auch nicht bekannt geworden, daß die jetzt zur Erörterung stehenden Veränderungen jemals in der Völkerbundsversammlung oder im Völkerbundsrat auf der Tagesordnung gestanden hätten. Derartige Absichten seien erst nach der Ablehnung des deutschen Völkerbundsantrages bekannt geworden. Die deutsche Regierung sei der Ansicht, daß jede Veränderung in der Zusammensetzung des Rates oder in der Organisation des Völkerbundes Deutschland in eine völlig unmögliche Lage bringen würde. Deutschland könne erst, nachdem es Mitglied des Rates geworden sei, in begründeter Weise zu etwaigen Anträgen auf eine anderweitige Zusammensetzung des Rates Stellung nehmen. Der Reichskanzler erklärte weiter, daß es für ihn unfähig sei, daß man es durch die Ablehnung des deutschen Standpunktes in der Frage der Ratifizierung des Locarno-Vertrages, daß die großen Ergebnisse der Politik von Locarno noch im letzten Augenblick vernichtet würden.

Nachdem die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund einmal bejaht sei, handle es sich nun darum, die Wirkungsmöglichkeit des Völkerbundes zu erweitern und zu stärken. In seinen Schlussausführungen forderte der Reichskanzler alle Deutschen auf, nicht beiseite zu stehen und im Völkerbund an Deutschlands Wohl und am Wohl der Menschheit mitzuarbeiten.

Gegen das Volksbegehren.

Endgültige Stellungnahme des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages erläßt einmütig eine Kundgebung, in der die Zentrumsmitglieder aufgefordert werden, ihre Namen nicht in die Liste für das Volksbegehren einzutragen. In der Kundgebung heißt es u. a.:

Die vermögensamtliche Auseinandersetzung mit den Fürstenthäusern eignet sich wegen der damit verbundenen entwickelten Fragen nicht für einen Volksentscheid. Unsere deutsche Reichsverfassung kennt eine entschädigungslose Enteignung von Privateigentum schlechthin nicht. Das im Volksbegehren geforderte Gesetz steht zu den Grundsätzen der Reichsverfassung in unlöslichem Widerspruch. Die Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenthäusern muß vielmehr in einem geordneten Verfahren erfolgen und auf eine neue materielle Rechtsgrundlage gestellt werden.

Das bisher geltende formale Recht kann der eigenartigen Sachlage und der völlig veränderten staatsrechtlichen Stellung der Fürstenthäuser nicht gerecht werden. Die allgemeine Volksverarmung muß gleichfalls entscheidend in Betracht gezogen werden. Zur Herbeiführung einer gerechten Lösung, wie sie auch dem sittlichen Volksempfinden entspricht, soll von Reich wegen ein Sondergericht gebildet werden. In diesem Gerichtshof werden auch Laien in ausreichender Zahl mitzuwirken haben. Verbringen von deutschem Vermögen in das Ausland durch Fürsten oder dessen Verwendung zu staatsfeindlichen Zwecken wird verhindert werden.

Die Presse zur Kanzlerrede.

Deutschland und der Völkerbund.

Soweit die Berliner Blätter zu der Rede Luthers in Hamburg Stellung nehmen, weisen sie auf ihre Bedeutung für die kommende Völkerbundstagung hin.

Die „Vorzeitung“ schreibt: Mit dieser Erklärung des Reichskanzlers wird das deutsche Volk in seiner übergroßen Mehrheit einverstanden und zufrieden sein, denn sie wahrt unsere Würde und verhindert, daß wir gleich zu Anfang das Opfer diplomatischer Schiebungen unserer Gegner werden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, damit habe sich der Reichskanzler hinsichtlich der etwaigen Absichten der Gegner, bei den Vorbesprechungen am 7. März Deutschlands vorheriges Einverständnis mit dem Ratssitz Polens und Spaniens zu erlangen, im abnehmenden Sinne festgelegt.

Der „Börse“ hebt hervor, daß Luther deutlich genug gesagt habe, daß es noch eine Möglichkeit gebe, Deutschland vom Völkerbund fernzuhalten.

Die „Kreuzzeitung“ meint, Luther habe keine klare Stellungnahme zur Ratssitzfrage eingenommen. Außerdem biete die Rede keine Gewähr dafür, daß Luther und Stresemann die gesteckte Grenze in Genf nicht überschritten.

Rechnliche Beschränkungen äußert der „Volkswacht“. Er meint, die deutsche Delegation werde zu Konzessionen genötigt sein, die für die Zukunft die deutschen Vertreter im Völkerbund jeder Einflußmöglichkeit berauben.

Der „Vorwärts“ sagt, die Rede gebe keinen Anlaß zu Befürchtungen, daß eine einmal als richtig erkannte Linie der Außenpolitik verlassen werden könnte.

Frankreich und Locarno.

Annahme der Verträge in der Kammer.

Unmittelbar vor der Abstimmung über die Locarno-Verträge in der französischen Kammer ergriff Ministerpräsident Briand nochmals das Wort und erklärte:

„Wenn wir 1914 die Garantie Englands und Italiens und die Sicherheit des Reiches der Tschechoslowakei und Polens gehabt hätten, glauben Sie, daß Deutschland den Krieg erklärt hätte?“ Briand setzte sich, erhebt sich aber, da er aus neue unterbrochen wird, sofort wieder und ruft verärgert, man könne nicht zu gleicher Zeit eine Isolierungspolitik treiben und gleichzeitig Allianzen suchen. Frankreich habe in Locarno den Beweis erbracht, daß es einen neuen Krieg verhindern wolle. Was wollen Sie denn an die Stelle Locarnos setzen? Allianzen? Mit wem denn? Ein von England und Italien unterzeichnetes Abkommen, das aus dem Rheinland eine internationalisierte Grenze mache, biete für Frankreich eine ernsthaftere Garantie. Er bedauere, daß ein Elsäßer erklärt habe, er ratifiziere Locarno nicht. Wer den Frieden haben wolle, müsse ihn wollen. Er glaube, seinem Vaterlande dadurch einen Dienst erwiesen zu haben, daß er ihm die Wege zum Frieden geöffnet habe.

Hierauf verliest der elsfassische kommunistische Abgeordnete Huber eine Erklärung gegen die Abkommen von Locarno in deutscher Sprache, die in französischer Übersetzung wiedergegeben wird, aber den Protest des Kammerpräsidenten Herriot auslöst, der erklärt, die, die für die Rückkehr Elsfass-Lotharingens zu Frankreich ihr Leben geopfert hätten, hätten desinteressiert gehandelt und nicht, wie Huber behauptet habe, im kapitalistischen Interesse. Hierauf wurde die Abstimmung vorgenommen und die Ratifizierung der Abkommen von Locarno mit 413 gegen 71 Stimmen genehmigt.

Politische Tageschau.

— Der Geschäftsplan des Reichstages. Der Kellerterrat des Reichstages lehnte einen kommunistischen Antrag wegen des Volksbegehrens die Vollstreckung des Reichstages auf 14 Tage auszuschieben, ab; dagegen sollen die vier Tage vom 13. bis 16. März sitzungsfrei bleiben. Keine Einigung konnte erzielt werden über den Zeitpunkt, an dem der Haushalt des Außenministeriums auf die Tagesordnung des Reichstages gesetzt werden soll. Beschlossen wurde, nacheinander im Plenum zu behandeln: die Haushalte des Reichswehrministeriums, des Finanzministeriums und des Innenministeriums. Ferner wurde beschlossen, daß ein Vertreter des Reichstages an der internationalen Wirtschaftskonferenz in London, die am 26. Mai beginnt, teilnehmen soll.

— Glückwünsche des Reichskanzlers an Nuntius Pacelli. Reichskanzler Dr. Luther hat dem päpstlichen Nuntius in Berlin, Pacelli, zu seinem 50. Geburtstag ein Glückwunschtelegramm übersandt.

— Zu den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, hat die in der Kammer bestehende Gruppe zur Verteidigung der Interessen des Gemüsebaues dem Handelsminister ihren Dank ausgesprochen für die Art und Weise, in der die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen geführt wurden, jedoch zum Ausdruck gebracht, daß sie das Kontingent von 27 000 Doppelzentner Frühgemüse als ungenügend erachten.

— Ramek wird Deutschland im Völkerbund begrüßen. Der Bundeskanzler Dr. Ramek wird als Vertreter der österreichischen Regierung auf der Sitzung des Völkerbundes, in der die feierliche Aufnahme Deutschlands erfolgt, das Wort ergreifen, um im Namen Österreichs Deutschland im Völkerbund willkommen zu heißen.

— Der Gesandtschaftsbericht über die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika in Vorbereitung. Nach einer Meldung aus Washington ist man im Schaham zur Zeit mit der Ausarbeitung eines Gesandtschaftsberichts beschäftigt, in dem der vom Schaham aufgestellte Plan für die Rückgabe des jetzt vom Treuhänder für das fremde Eigentum verwalteten Besitzes und die Zahlung der von der gemischten Kommission für die Erfassungsprüfung anerkannten Forderungen amerikanischer Bürger an die deutsche Regierung enthalten sein sollen.

— Vor dem Abschluß der Luftfahrtverhandlungen? Wie aus Paris mitgeteilt wird, ist ein Abkommen in den Luftfahrtverhandlungen binnen kurzem zu erwarten. Das Abkommen wird der deutschen Industrie gestatten, alle Arten von Transportflugzeugen ohne Einschränkung in Bezug auf Motorstärke und Aktionsradius herzustellen, jedoch unter Beachtung gewisser Bestimmungen, die ihre Umwandlung in Bombenflugzeug verhindern sollen. Die einzige Beschränkung, die Deutschland auferlegt werden soll, erstreckt sich auf Einflugschneit, aus Metall mit großen Tragflächen und großer Schnelligkeit, die man als Sportflugzeuge bezeichnet, die aber nur veraltete Jagdflugzeuge seien. Das Abkommen soll weiter Vereinbarungen zwischen deutschen und alliierten Gesellschaften bezüglich des Ueberfliegens Mitteleuropas mit sich bringen. — Die aufgeführten technischen Einzelheiten der Beschränkung werden von unterrichteter Seite als völlig abwegig bezeichnet. Das Ueberfliegen Mitteleuropas ist ferner nur in der Kompensation gegen das Ueberfliegen anderer Länder unter Beteiligung des deutschen Luftverkehrs zu verstehen.

— Gegen die Härten der Steuereintreibung. Im Reichstag ist eine Interpellation des Zentrums eingegangen, in der auf die unerträgliche Rücksichtslosigkeit der Finanzämter bei der Eintreibung der Steuerrückstände hingewiesen wird. Geplant sei Vermögensstücke würden bei Zwangsversteilen zu Sportpreisen verschleudert. Die Stimmung der betreffenden Volkskreise werde täglich erregter und wachse sich zu einer staatspolitischen Gefahr von bedenklichem Umfange aus. Die Reichsregierung werde um Abhilfemaßnahmen gebeten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. März.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums.

Abg. Graf von der Schulenburg (Dnt.) bedauert die Verminderung des Wirkungsgrades des neuen Heeresgesetzes und die zahlreichen Abstriche, die gemacht worden sind. Der Redner begrüßt die sachgemäße Arbeit, die in der Reichswehr geleistet wird. Die Reichswehr sei im wahren Sinne des Wortes eine Schule geworden zur Bildung und Erziehung von Charakteren und Persönlichkeiten. Die Führung der Reichswehr liege beim Generalobersten von Seeckt in den besten Händen. Erfreulich sei, daß der Wehrminister den vaterländischen Verbänden nicht feindselig oder gefühllos gegenüberstehe. Er werde aber ihrem Werte nicht voll gerecht. Eine Angriffswaffe, so erklärte der Redner, sei die Reichswehr nicht. Zu einem Krieg gegen ein modernes Heer fehle uns vieles.

Die beste Sicherung Frankreichs gegen Deutschland sei die Verständigung.

aber sie müsse großzügig sein auf dem Boden wirklicher Gleichberechtigung. Solange das deutsche Volk unter dem Ausnahmege-

der Entlohnung steht und solange die Faust unserer früheren Feinde uns im Nacken sitzt, habe eine Verständigung keinen Wert. Der Redner verteidigt das alte Heer gegen Angriffe der Linken. Die Gesamtleistung des alten Heeres war hervorragend.

Abg. Künzler (Soz.) gibt zu, daß der Rückzug des alten Heeres in geordneter Weise erfolgt sei, aber der oberste Kriegsherr sei defizient. Der Redner fordert den Wehrminister auf, angesichts der großen Arbeitslosigkeit seine Wehrforderung zurückzugeben. Es sei pure Verschwendung, wenn man Riesensummen für neue Panzer fordere, obwohl die ganze einen Kampfwert überhaupt nicht mehr besitze. Es müsse geprüft werden, ob die deutsche Reichswehr tren und fest zur Republik stehe. Der Redner kritisiert die Teilnahme der Reichswehr an monarchistischen Veranstaltungen. Der Wehrminister sollte sich in der republikanischen Erziehung der Offiziere und Mannschaften die Führer der österreichischen Reichswehr zum Muster nehmen. Es widerspricht der Wahrheit, wenn das Wehrministerium die Schwarze Reichswehr als harmlose Arbeitskommandos hinstellen wolle. Trotz des Verbotes der Schwarzen Reichswehr seien noch im Februar 1926 junge Leute in diesen Formationen eingestellt und ausgebildet worden.

Abg. Erising (Riz.) bedauert die scharfe Kritik der Sozialdemokraten. Für die Republik sei es eine peinliche Lage, wenn die Reichswehr von den Reichsnationalen gelobt und von der stärksten republikanischen Partei in kleinlichster Weise kritisiert werde. Die in Waffen stehenden Großmächte sollten endlich mit der Abrüstung dem Beispiele Deutschlands folgen; denn in allen Ländern habe

der Rüstungswahnsinn

eine Höhe erreicht, wie nie zuvor. Mit der kleinen deutschen Reichswehr sei kein Krieg zu führen. Deutschland könne sich nur mit einer Politik der Verständigung durchsetzen. Wenn Deutschland im Völkervertrag sei, müsse darauf gedrungen werden, daß die im Versailler Vertrag angekündigte Abrüstung der übrigen Mächte durchgeführt werde.

Abg. Brüninghaus (D.Dp.) zieht einen Vergleich zwischen Reichswehr und amerikanischer Armee. Das amerikanische Heer zähle 135 000 Köpfe, sei also wenig größer als die Reichswehr mit 100 000 Mann und koste 1,3 Milliarden Mark, also das Dreifache der Reichswehr. Auf der ganzen Erde sei sehr wenig von Abrüstung zu spüren.

preußischer Landtag.

Berlin, 3. März.

Der Preussische Landtag behandelte heute zu Beginn seiner Sitzung den sozialdemokratischen Antrag, den der Beamtenausschuß zur Annahme empfiehlt, wonach der auf den 1. März 1926 festgesetzte Anfangstermin für die Rückzahlung von zinsfreien Gehaltsvorschußen an Beamte, Angestellte und sonstige in Staatsbetrieben Beschäftigte auf Antrag weiter hinausgeschoben ist.

Der Berichterstatter Abg. Jachert (Soz.) hob hervor, daß alle Parteien sich im Anschluß darüber einig waren, daß bei der großen wirtschaftlichen Not der Beamten eine sofortige Rückzahlung der Vorschuße nicht in Frage käme. Das Haus stimmte dem Ausschußantrag zu. Es folgte die zweite und dritte

Beratung des Personalabwittlungsgesetzes.

Der Beamtenausschuß hat als Stichtag für den preussischen Personalabbau den 8. August 1926 festgesetzt. Der Personalabbau in Preußen ist jetzt tatsächlich beendet. Die weiblichen Beamten sollen nach den Beschlüssen des Ausschusses der Regierungsvorlage gegenüber günstiger gestellt werden.

Der Landtag unterbrach dann die Aussprache und nahm die Abstimmungen über die angefochtenen Paragraphen der neuen

Städteordnung

vor. Die Bestimmung der Vorlage wurde angenommen, daß Wappen und Dienstsiegel der Städte sich von anderen Wappen und Dienstsiegeln unterscheiden müssen. Die Benennung der Straßen und Plätze soll durch Gemeindecensur erfolgen. Abgelehnt wurden die Anträge der Rechten auf Streichung des Bürgerrechtsbegehrens und Bürgerrechtsentscheides. Ein sozialdemokratischer Antrag, der zum Gemeindevorstand lediglich den Bürgermeister und die Stadträte bestimmen will, wurde abgelehnt. Ablehnung fand auch der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des Befähigungsnachweises (eventuell auch juristischer Art für Bürgermeister). Angenommen wurde der Teil der Vorlage, der den Bürgerrechtsentscheid einführt und Ausführungsbestimmungen dazu enthält, sowie ein völksparteilicher Antrag, der für die Abstimmungen im Magistrat bei Stimmengleichheit die Stimme des Vorsitzenden als ausschlaggebend ansieht.

Das einsame Schloß.

Roman von Erich Eckenstein.

Urheberschutz durch Stuttgarter Romanzentrale

18 G. Ackermann, Stuttgart.

Aufmerksam betrachtete der Detektiv von hier aus die Rückseite der beiden Häuser und verfolgte dabei in Gedanken den Weg, den der Flüchtling damals genommen hatte. Die Dachtraufen, Abflusgrinnen und Giebel boten dabei die beste Orientierung. Aber ein guter Turner mußte der Mann doch sein, der da vom ersten Stockwerk über das zweite bis auf das Dach klettern konnte und dann vom Dachbarhaus wieder hinab! Doch nein — hinab war er ja gar nicht gekommen, sondern noch oben plötzlich verschwunden.

Wohin? Doch offenbar nur in irgend ein offenstehendes Fenster! Denn die Dachböden beider Häuser hatte man ja gründlich nach ihm durchsucht. Aber auch sämtliche Fenster des Fünferhauses sollten zur kritischen Zeit geschlossen gewesen sein, wie die Schutzleute, die sich an der Jagd beteiligten, nachher feststellten.

Nachher! Ob aber auch während der Jagd?

„Diesen Punkt muß ich unbedingt feststellen“, sagte sich Hempel. Dann kehrte er durch den Hausflur zurück. Am Tor lehnte jetzt eine torpente Person mit breitem behäbigen Gesichtsausdruck, Augen, neugierigen Neuglein — offenbar die Hausverwalterin.

Eben wollte Silas ein Gespräch mit ihr anknüpfen, als zwei Personen, von der Treppe kommend, seine Aufmerksamkeit auf sich zogen. Es waren der Lederfabrikant Hollsten und Frau Leila.

Eine Wolke von Weidenbüsch ging von der jungen Frau aus, die, offenbar zu einer Abendgesellschaft gehend, wieder einen sehr kostbaren Rahmen um ihre Schönheit gelehrt

Die drahtlose Bildübertragung.

Die Lösung des Problems gelungen.

Staatssekretär Dr. Bredow, der Leiter des gesamten deutschen Telegraphenwesens und der eifrige Förderer des Funkwesens in Deutschland, machte bei der Tagung der deutschen Rundfunkgesellschaften in Stuttgart gegenüber dem Vertreter des Stuttgarter „Neuen Tagblattes“ u. a. folgende bedeutungsvolle Mitteilungen über die Bildfernübertragung.

„Die Lösung des Problems der Bildfernübertragung ist im Prinzip schon seit einiger Zeit gelungen. Und auch das Verfahren ist schon so einfach gestaltet, daß es bald in größerem Umfang wirtschaftlich ausgebaut werden kann. Die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, sind ganz enorm, und werden dadurch besonders vielseitig, daß ebenso gut wie Bilder auch

Briefe, Drucksachen und Stenogramme

auf diesem bildtelegraphischen Wege übertragen werden können. Ganz besonders ausdrucksvoll ist das Verfahren mit Stenogrammen. Es läßt sich schon jetzt behaupten, daß die Stenogrammbildübertragung durch Bildtelegraphie an Schnelligkeit den bestorganierten Schnelltelegraphendienst übertrifft wird. Der drahtlose Weg der Übertragung von Schriftstücken bietet

eine enorme Geschwindigkeit.

hat allerdings den Nachteil, daß er wegen der Beschränktheit der zur Verfügung stehenden Wellen nicht zu Übertragungen an Einzeladressaten geeignet ist.

Um die drahtlose Bildübertragung im großen zu organisieren, muß es noch gelingen, auch mit Wellenlängen unter 200 Meter auf nahe Entfernungen zu senden. Besonders aussichtsreich ist die drahtlose Briefübertragung auf sehr große Entfernungen. Selbstverständlich ergeben sich auch

für den Pressedienst

herausragende Perspektiven. Die telephonische Nachrichtenübermittlung mit ihren vielen Störungsmöglichkeiten, die zeitraubende Gesprächsaufnahme und -übertragung könnte zu einem guten Teil weggelassen, sobald seitens der großen Nachrichtenbüros die Meldungen in Manuskriptform bildtelegraphisch übertragen würden. Man hofft, daß es bald gelingen wird, das Entwicklungsverfahren beim Bildtelegramm zu beschleunigen, oder überhaupt in Wegfall zu bringen, so daß auch diese Verzögerung aufgehoben wird.

Die Bildübertragung ist in nächste Nähe gerückt.

Die technischen Voraussetzungen sind schon soweit erfüllt, daß man sich ernsthafte Gedanken über die Organisation dieses neuen Bilddienstes an leitender Stelle machen kann. Selbstverständlich wird auch hier die Reichspost, die das Monopol der Nachrichtenübermittlung hat, eingreifen. Sie selbst ist aufs Lebhafteste an der Entwicklung interessiert.

Die schwarze Wingerfahne.

Seit jeher war die schwarze Wingerfahne die Räudern einer bösen Zeit und wir erfahren, daß sie im Wingerzuge von Bernkastel mit Trauerflor umwunden im Zuge flatterte. Ihr Rauschen kündet Sturm und Sturmbögel gleichen die tausend und aber tausend Papierfahnen, die als hilfeheischende Entschlüsse, gefaßt auf vielen Versammlungen der Winger und Landleute, in den zuständigen Kanzleien ihre Ruhestätte fanden.

Wir sehen die schwarze Wingerfahne erstmalig in der Pfalz. Im Zuge nach dem Hambacher Schloß am 27. Mai 1832 wurde sie von den notleidenden Winger vorangetragen. Ein merkwürdiger Spruch stand auf dem schwarzen Stück Tuch. „Die Weinbauern müssen trauern.“ Gewiß, ein einfacher Spruch, doch inhaltsreich und auch heute steigt er auf und spricht eine warnende Sprache. Damals handelt es sich um den Wein, weil, wegen Sturm gelaufen werden mußte. Noch ist diese merkwürdige Fahne erhalten, sie gehört dem Museum in Bad Dürkheim. Vor Jahren noch sah an ihr ein Bogen Papier, worauf das Wingerkampfbild geschrieben stand. Ein Vers ist sehr bedeutungsvoll: „Der Herr soll uns vor Eigenhiss bewahren, — doch sind wir auch bereit.“ — Diese schwarze Wingerfahne wird an manchen Stellen der pfälzischen Literatur erwähnt. Blaul spricht von ihr in seinen Träumen und Schäumen vom Rhein und ein Augenzeuge des Hambacher Zuges erzählt: „Im Zuge waren viele Fahnen, darunter sehr merkwürdige. Ich sah sogar eine mit dem bayeri-

schon Nationalstern, eine war ganz schwarz und es war ihr der Spruch: „Die Weinbauern müssen trauern.“ August Beder, der pfälzische Historiker, erwähnt in Werle „Die Pfalz und die Pfälzer“ die schwarze Wingerfahne in ihre Hülle kommt, denn ihr Rauschen

hatte. Das hellblaue Seidenkleid, das ihre schmale, zierliche Gestalt umschloß, funkelte, soweit der aus Spitzen gefertigte Abendmantel es sehen ließ, von blühenden Steinen, Goldstickerei und anderem kostbaren Weibwerk.

Das Schönste aber war ihr strahlendes Schneewittchen-gesicht mit dem nachschwarzen Haar darüber, in dem ein Brillantenadorn bligte, und das süße, kindliche Lächeln, das gerade wie ein Sonnenstrahl darüber hinglitt.

„Donnerwetter!“ murmelte Hempel, unwillkürlich stehen bleibend und ihr bewundernd nachsehend.

„Ja, gelt, blitsauber ist die Gnädige?“ sagte neben ihm spöttisch die Hausverwalterin. „Wenn die so gut wäre, wie sie schon ist, könnte man den Herrn Gemahl wirklich um sie beneiden! Aber es ist nicht alles Gold, was glänzt, mein lieber Herr, das kann ich Ihnen sagen!“

Das Haar hatte den draußen wartenden Wagen befliegen. Silas Hempel wandte sich langsam um, musterte die Sprecherin eine Sekunde und zog dann höflich den Hut.

„Wer war die Dame, wenn man fragen darf?“

„Frau Hollsten, die Gemahlin des reichen Lederfabrikanten, der draußen vor der Stadt die große Fabrik hat. Sie wohnen hier im Hause. Haben zwei Wohnungen oben im ersten Stock — zusammen zehn Zimmer mit zwei Balkonen. Woh eine kleine Hofwohnung ist noch anderweitig vermietet“, gab die Hausverwalterin zungenfertig Auskunft. „Und hübsch ist sie ja, die Frau Hollsten, das gebe ich zu. Sonst hätte ja wohl der alte Hollsten sich das nicht angetan, so ein junges Ding zu nehmen auf seine alten Tage, das noch dazu fürs Theater ausgebildet war! Das hätte er sich ja denken können, daß die keinen Sinn für die Fabrik und überhaupt was Ernsthaftes haben würde! Aber das schöne Gesicht halt! Und die Verliebtheit von dem Mann! Das mühte wahr sein: Alles Holz brennt gut, und wenn's bei den Männern an

spannte Aufmerksamkeit. Frau Lampel erzählte von Kündigung Zulek und deren Veranlassung.

Ohne Zwischenfragen erfuhr Silas, daß Frau Lampel der alten Dienerin eine fürchterliche Szene gemacht, diese erstens behauptet hatte, ein fremder Mann habe in die Worratskammer eingeschlichen, was Frau Hollsten für ganz unmöglich erklärte, da sie selbst unmittelbar vorher darin gewesen sei, zweitens, weil Zulek nach der Kündigung

geschrien habe. (Fortsetzung folgt.)

schon Nationalstern, eine war ganz schwarz und es war ihr der Spruch: „Die Weinbauern müssen trauern.“ August Beder, der pfälzische Historiker, erwähnt in Werle „Die Pfalz und die Pfälzer“ die schwarze Wingerfahne in ihre Hülle kommt, denn ihr Rauschen

1 Zu den Wingerunruhen in Bernkastel am 25. d. Jrs. wird noch geschrieben: An gen. Termin vor Beginn der Versammlung strömten Hunderte Winger aus den umliegenden Dörfern in Bernkastel. Es hatten sich schließlich 1500 bis 2000 Winger angesammelt, die unter Borantragung einer Fahne und unter Mitführung zahlreicher auf die Winger Bezug nehmenden Schilder vor das Finanzamt zogen. Aus einem bisher noch nicht aufgeklärten Beginn plötzlich ein allgemeines Steinbombardement die Fenster des Finanzamtes. Alle Fensterscheiben eingeworfen, und ehe noch die drei herangezogenen Jäger etwas ausrichten konnten, stürzte die Menge ins Finanzamt, mißhandelte die sich entgegenstellenden Beamten, warf alle in den Zimmern befindlichen Stühle und Ätten auf die Straße, wo sie aufgestapelt in Brand gesteckt wurden. Der Zug begab sich dann der Finanzkasse, die gleichfalls gestürmt wurde. Wurden alle in der Kasse befindlichen Gegenstände runter auch der Geldschrank, auf die Straße geworfen, alles Brennbares angezündet. Dann ging es auf die andere Hofseite zu dem dort liegenden Zollamt, ähnliche Vorgänge abspielten. Später fand die angekündigte Versammlung statt, die unter großer Erregung doch ohne besondere Störung verlief.

Aus Nah und Fern.

Zur „Aus“-gemeindung von Viebrich, Schier ein Sonnenberg aus dem Landkreis Wiesbaden, die belich für den 1. April d. Jrs. vorgesehen ist wird von der Seite geschrieben: Der vom preussischen Staatsrat nehmte Entwurf für die Eingemeindung von Viebrich, Schierstein und Sonnenberg steht als Termin für die gemeindung den 1. April 1926 vor. Einer besonders fälligen Prüfung bedurfte die Frage, ob nach dem Scheiden von Viebrich, Schierstein und Sonnenberg Kreis Wiesbaden Land noch als leistungsfähiger Kreis anzusehen ist. Unter dem Gesichtspunkt der Größe und Einwohnerzahl kann der Landkreis Wiesbaden nach Ausscheiden von Viebrich, Schierstein und Sonnenberg noch als leistungsfähiger Kreis bezeichnet werden. Steuerlicher Hinsicht bedeutet das Ausscheiden der genannten Gemeinden zweifellos eine wesentliche Einbuße den Landkreis Wiesbaden. Der Verzichtung der Einnahme steht eine Verringerung der Ausgaben, insbesondere dem Gebiet der sich aus der Fürsorgepflichtverordnung ergebenden Aufgaben gegenüber. Außerdem wird gemäß die gesamte Wirtschaftsführung des Kreises durch ungünstig beeinflusst, daß der Betrieb zunächst einer für die zu leistende Verwaltungsarbeit zu große Zahl von Beamten und Angestellten weiter geführt den muß. Es haben Verhandlungen zwischen der Stadt Wiesbaden und dem Landkreis Wiesbaden stattgefunden, in der Verfolg sich die Stadt Wiesbaden verpflichtet, an Landkreis Wiesbaden für die Dauer von fünf Jahren einen jährlichen Zuschuß von 100 000 Reichsmark zu zahlen. Bezüglich des verbleibenden Restkreises Wiesbaden wird gesagt, daß der Kreis seine Zustimmung unter Voraussetzung gegeben habe, daß der Zuschuß nicht die Dauer von 5 Jahren, sondern solange gezahlt wird bis nach dem Ausscheiden der Stadt Höchst aus dem Kreis Höchst und einer etwa notwendig werdenden Lösung des Landkreises sich die endgültige Gestaltung beider Landkreise Wiesbaden und Höchst übersehen. Der Landkreis hat an sein Einverständnis ferner die dingung geknüpft, daß die Stadt Wiesbaden sechs Prozent des Landkreises zu übernehmen habe. Wegen der und weiterer Forderungen wird dann darauf verwiesen

mit kam. Bei dem ersten! Mein närrisch ist er, der Herr Hollsten! Seine erste Selige tät sich im Grabe umdrehen wenn sie ihn heute sehen könnte!“

„Die Dame ist Herrn Hollstens zweite Gemahlin?“

„Ja. Vor neun Jahren heiratete er sie. Die Zule hat's gleich gesagt, daß die ewig nicht zusammen sein. Sie wollte auch fortgehen dazumal, obwohl sie neun Jahre im Hause war. Aber Herr Hollsten hat zu bleiben, weil seine junge Frau doch nichts von der Wirschaft verstände und er doch auch so gewöhnt an die sei. So blieb sie, und leicht hat's ihr die Gnädige gemacht, das muß man sagen! Na, jetzt hat sie Tant.“

Silas Hempel interessierte sich eigentlich gar nicht diese Einzelheiten aus dem Hollstenschen Haushalt. Silas Schönheit hatte ihn überrascht, und daß die Hausverwalterin ihn ansprach, war ihm lieb, und wäre auch eine winzige Kleinigkeit über den Mord zu erfahren. hätte er den Redefluß der Frau gern in ein anderes gelenkt, erkannte aber, daß jeder Versuch zwecklos wirken wäre. Denn die rechtselge Alte schöpfte kaum vor Eifer und sprach unermüdlich weiter, so zerstreut ihren Worten auch lauschte.

Blötzlich aber horchte er hoch auf und wurde ganz spannte Aufmerksamkeit. Frau Lampel erzählte von Kündigung Zulek und deren Veranlassung.

Ohne Zwischenfragen erfuhr Silas, daß Frau Lampel der alten Dienerin eine fürchterliche Szene gemacht, diese erstens behauptet hatte, ein fremder Mann habe in die Worratskammer eingeschlichen, was Frau Hollsten für ganz unmöglich erklärte, da sie selbst unmittelbar vorher darin gewesen sei, zweitens, weil Zulek nach der Kündigung

geschrien habe. (Fortsetzung folgt.)

folche Auseinandersetzungen aufgrund der Landgemein-
ordnung grundsätzlich nach der Grenzveränderung durch
n Bezirksauschuss zu regeln seien.

Δ Deutscher Gastwirttag 1926. Der 51. deutsche Gast-
wirttag verbunden mit einer Ausstellung für Küche und
Haus wird in diesem Jahre in Kassel abgehalten. Man
rechnet vier- bis fünftausend Teilnehmer. Es ist bereits
in Vertrag mit der Regierung abgeschlossen, um die Aus-
stellung in den bisher geeigneten Räumen des Orangerie-
schlosses unterzubringen. Um ein gutes Werbeplatz zu
erhalten, ist öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben worden.
Der Provinzialverband für Hessen und Waldeck hat bereits
die Vorarbeiten auf viele Unterausschüsse verteilt, so daß mit
einer tadellosen Organisation gerechnet werden kann.

Δ Landwirtschaftskammer für Hessen. Die ordentliche
Sauptversammlung der Landwirtschaftskammer für Hessen
schloß am Samstag, den 6. März 1926, nach Darmstadt ein-
berufen worden.

**Δ Lehrer-Protestkundgebung gegen den Schulabbau in
Hessen.** Hier ist für den 10. ds. Mts. eine große Protest-
kundgebung gegen den Abbau in der Volksschule vor-
gesehen, wozu sämtliche hessischen Lehrer- und Lehrerinnen-
organisationen ihre Mitglieder zur Teilnahme auffordern. An
die Regierung, sowie an Abgeordnete der verschiedenen
Parteien sind ebenfalls Einladungen ergangen.

Δ Die Erwerbslosigkeit in Worms. Die Erwerbslosen-
ziffer in der Stadt Worms scheint nunmehr konstant geblieben
zu sein. Seit ungefähr 14 Tagen werden in der hiesigen
Stadt 2000 Arbeitslose gezählt. Der Kreis Worms, der dem
Arbeitsamt Worms untersteht, weist 1800 Erwerbslose auf,
so daß demnach im gesamten Kreis einschließlich der Stadt
Worms 3800 Erwerbslose zu verzeichnen sind.

Δ Das Reichsviehseuchengesetz und die Entschädigungen.
Seitens des Ministeriums des Innern ging dem hiesigen
Landtag ein Gesetz zur Ausführung des Reichsviehseuchengesetzes
vom 26. Juni 1909 und ein Gesetz, die Entschädigung für
Verluste infolge Tierseuchen betreffend, zu.

Δ Landesausführung der hessischen Zentrumspartei.
Nächsten Montag findet in Mainz eine Landesausch-
sitzung statt. Reichstagsabgeordneter Dr. Pöckel, der Land-
vorsitzende, wird einen Bericht über die politische Lage erstatten,
ferner werden Organisationsfragen behandelt werden.

**Δ Große Unterschlagungen bei der Darmstädter Sport-
vereins-Lotterie.** Der Sportverein 98 Darmstadt hatte die
Durchführung der für den Ausbau des Stadions veranlaßten
Lotterie dem Kassierer Ludwig Kreisel übertragen, der den
bisher aus dem Lotterieverkauf von 17 000 Losem erzielten Lieber-
schuß in Höhe von 11 000 Mark unterschlagen hat. Kreisel, der
schon seit längerer Zeit verdächtig war und ständig beobachtet
wurde, ist nun verhaftet worden. Der Konkurs über sein
Vermögen ist beantragt. Die Ziehung der Lotterie kann
vorläufig am 15. März, wie vorgesehen, nicht stattfinden,
da die finanzielle Existenz des Vereins gefährdet ist.

Δ Neuer Sommerkonzertsaal von Frankfurt a. M.
nach dem Odenwald. Die Reichsbahnverwaltung Frank-
furt a. M. hat auf eine Anfrage der Stadtverwaltung die
Einlegung eines zweiten Sitzganges für die Zeit vom 15. Mai
bis 30. September 1926 zum Verkehr an Sonn- und Feiert-
agen beschlossen. Derselbe wird voraussichtlich um 7 Uhr
vormittags in Frankfurt a. M. über Darmstadt nach dem
Odenwald abfahren und am Abend zurück.

Δ Altstadtplanierung in Frankfurt a. M. Der Magistrat
hat zur Frage der Altstadtplanierung dahin Stellung genommen,
daß nach einer Vorlage des Hochbauamtes eine Reihe bau-
fälliger städtischer Häuser abgebrochen werden soll, nachdem die
anderweitige Unterbringung der jetzigen Einwohner gesichert ist.
Dinsichtlich des Charakters des Wiederaufbaues der betreffenden
Häuser wird später noch Entscheidung getroffen.

**Δ Eine halbe Million Nachschüsse für das Frankfurter
Stadion.** Die Bauausführung des Stadions in Frankfurt a. M.
im Rahmen des bisherigen Bauprogramms ist bis auf das
Bicht- und Luftbad und einige Restarbeiten bei der Radspor-
t- und am Sportplatz im Gange. Die endgültige
Finanzierung, einschließlich der betriebsfertigen Verstellung des
Bicht- und Luftbades, erfordert noch 494 000 Mark, deren Be-
willigung der Magistrat bei der Stadtverordneten-Versamm-
lung beantragt.

Δ Dachstuhlbrand im Völkermuseum. Auf noch unauf-
geklärte Weise brach im Dachstuhl des Völkermuseums in
Frankfurt a. M. ein Brand aus. Der sofort herbei-
geeilte Feuerwehr gelang es nach etwa einstündiger Tätigkeit
den Brand zu löschen, ohne daß nennenswerter Schaden ent-
standen ist.

Δ Schwerer Motorradunfall. In Höchst a. M. stieß ein
mit zwei Personen besetztes Motorrad auf ein Lastauto zu-
sammen. Der Fahrer des Motorrades war sofort tot; der
Begleiter wurde schwer verletzt. Das Unglück geschah in einer
unübersichtlichen Kurve, die der Fahrer mit einem Tempo von
fast 70 Km. nehmen wollte.

Δ Nächtliche Schachgräber. In Bad Nauheim sah
man nachts zwei Gestalten, die von einer Stelle zur anderen
wanderten, als suchten sie etwas. Alle möglichen Vermutungen
über die nächtlichen Besucher tauchten auf. Wie man am
nächsten Morgen erfuhr, hatten städtische Arbeiter verschiedene
in der Erde liegende Rohrleitungen des Wasserwerks unter-
sucht, eine Arbeit, die nur in der Stille der Nacht ausgeführt
werden kann, weil am Tage die Arbeit unter dem Straßen-
lärm zu leiden hätte.

**Δ Einweihung des Erweiterungsbaues der Lupusheilstätte
zu Gießen.** In Gießen wurde der große Erweiterungs-
bau der Lupusheilstätte seiner Bestimmung übergeben. Der Weihe-
akt wurde eröffnet mit einer kurzen Ansprache des Architekten
Hans Meier, Gießen, der die Pläne des Neubaus entworfen
hat. Er wies darauf hin, daß es trotz aller finanziellen Schwierig-
keiten sei, den Neubau in elf Monaten fertigzustellen und
überreichte dem Vorsitzenden des Hessischen Heilstättenvereins,
Präsident Reumann von der Landesversicherungsanstalt in
Hessen, die Schlüssel.

Δ Kasse auf der Geselei. Der Magistrat der Stadt
Kassel hat beschlossen, ein großes Modell von Spiel-
und Sportanlagen der Stadt anfertigen zu lassen. Das Modell
wird vor allem die großen vordildlichen Anlagen des Fuß-
bades, die großen Spielfläche an den Waldauer Wiesen und
die neue hessische Kampfbahn in der Vor-Aue, die am 2. Mai
eingeweiht wird, zeigen. Für die Anfertigung des Modells
sind bis zu 4000 Mark bewilligt worden.

Δ Abgangsprüfung an der Baugewerkschule Vingen. An
der hiesigen Baugewerkschule Vingen hatten sich 17 Schüler
der diesjährigen Abgangsprüfung unterzogen, und zwar 13 in
der Hoch- und 4 in der Tiefbauabteilung. 6 Schüler erhielten
die Note „Gut bestanden“, 10 die Note „Bestanden“.

**Δ Zur Eingemeindung von Viebrich, Schierstein und
Sonnenberg.** Dem Preussischen Landtag ist der Entwurf eines
Gesetzes betr. die Erweiterung des Stadtkreises Wiesbaden
zugegangen, der demnächst dem Landtag zur Beschlußfassung
vorgelegt wird. Darin heißt es u. a.: Die Stadt Viebrich
sowie die Landgemeinden Schierstein und Sonnenberg werden
mit dem 1. April 1926 vom Landkreise Wiesbaden abgetrennt
und mit der Stadtgemeinde und dem Stadtkreis Wiesbaden
vereinigt. Mit der Vereinigung erhalten die bisherige Stadt
Viebrich und die Landgemeinden Schierstein und Sonnenberg
als Ortsteile der Stadt Wiesbaden die Namen „Wiesbaden-
Viebrich“, „Wiesbaden-Schierstein“ und „Wiesbaden-Sonnen-
berg“. Die Stadtverordnetenversammlung von Wiesbaden ist
spätestens binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten des
Gesetzes neu zu wählen. Die Beamten, Angestellten und
Arbeiter der Stadt Viebrich und der Landgemeinden Schierstein
und Sonnenberg treten in den Dienst der Stadt Wiesbaden
über und sind in die für die Stadt Wiesbaden geltende Besol-
dungsordnung bzw. in den Lohnsatz einzureihen.

**Δ Tragischer Unglücksfall eines Wiesbadener Eisen-
bahners.** Auf der Station Meßel wurde einem Zugführer
aus Wiesbaden, als er den Zug abgefahren hatte und auf-
springen wollte, beide Beine abgefahren. Auch erlitt er noch
andere Verwundungen. Nach Anlegung eines Notverbandes
durch das Bahnpersonal verbrachte die Rettungswache den
Schwerverletzten nach dem Krankenhaus. Der Beamte, der
im 60. Lebensjahre steht, sollte am 1. April pensioniert werden.

Δ Der Protektor der Kaiser Regatta. Der Reichspräsident
hat das Protektorat der Kaiser Regatta übernommen, welche
vor 50 Jahren von Kaiser Wilhelm I. gegründet und mit dem
Kaiserpreis ausgestattet wurde.

Aus aller Welt.

Rückkehr von Arbeiterfamilien aus Rußland.

Kürzlich sind dreißig Arbeiterfamilien, die nach Rußland
angewandert waren, in ihre Heimat in der Gegend von
Matisch-Ostau zurückgekehrt. Im vorigen Jahre waren diese
Familien von einem Kommunisten zur Auswanderung nach
Sowjetrußland veranlaßt worden. Sie gründeten die „So-
zialistische Kommune“, in die jeder 5000 tschechische Kronen als
Anteil bezahlten mußte. Im Donbass wurde ihnen Grund
und Boden zugeteilt. Sie erlitten aber eine große Enttäuschung.
Der Boden war völlig vernachlässigt, keine Maschine, kein
Bieh, keine Wohnungen waren da. Eine Schuhmacherver-
stätt, die man errichtete, ging wieder ein, an die Bearbeitung
des Bodens war nicht zu denken. Bald gingen die Vorräte
zu Ende, und es kam die Katastrophe. Als dann der größte
Teil der Kolonisten aus der Kommune austrat, versuchten sie,
anderweitig Arbeit zu finden, aber auch das mißlang. Schließ-
lich wurde ihnen zur Rückkehr verholfen. Nun erzählen die
Enttäuschten, die um ihre letzten Spargroschen gekommen sind,
von ihren furchtbaren Erlebnissen. Das Schicksal dieser Fam-
ilien wird allen eine Warnung sein, die glauben, in Rußland
leicht eine Existenz finden zu können.

Um so bemerkenswerter ist ein Schritt, den die Stuttgarter
Hausfrauenverbände soeben unternommen haben. Sie haben
an die Handelskammer Stuttgart die Bitte gerichtet, sich für
die deutsche Namensbezeichnung bei deutschen Waren einzu-
setzen. Die Hausfrauen gehen dabei davon aus, daß sie in
erster Linie deutsche Waren vorziehen wollen, um die deutsche
Industrie wirklich zu unterstützen. Die meisten Frauen kennen
zwar die einzelnen Stoffarten, welche Gewebe ganz besonders
in Deutschland hergestellt werden und wie sie sich unterscheiden,
ob sie Auslandswaren oder deutsche Waren sind. Wenn im
Geschäftsverkehr grundsätzlich durchgeführt würde, deutsche
Waren mit deutschen Namen zu bezeichnen, und bei Auslands-
waren die ausländische Bezeichnung beizubehalten, so wäre für
viele Hausfrauen die Unterstützung der deutschen Industrie
möglich.

Locales.

Flörsheim am Main, den 4. März 1926.

**Mißglückter Zersplitterungsversuch im organisierten
Hausbesitz.** In einer in a. d. Saale am 22. Februar 1926
im „St. Nikolaus“ abgehaltenen Versammlung von Dele-
gierten aus einer Anzahl von Hausbesitzervereinen, die
von einer kleinen Sondergruppe von Hausbesitzern einge-
laden worden waren, um zu einer gegen den Zentralver-
band deutscher Haus- und Grundbesitzervereine gerichteten
Gründung eines sogenannten „Reichsverbandes“ Stellung
zu nehmen, wurde nach eingehender Aussprache die Gründung
dieses Reichsverbandes abgelehnt. Die Versammlung en-
dete mit einer eindrucksvollen Kundgebung für den Zen-
tralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine.

Fußball. Am vergangenen Sonntag weilte der A.-Mei-
ster des Maintaunusgaaes Unterliederbach hier zu Gast und
konnte nach zeitweilig überlegenem Spiele mit 3:2 ge-
winnen. Die Elf ist technisch und taktisch eine würdige
Meisterelf. Die Hiesigen spielten sehr lustlos und reich-
lich passiv, statt schnell den Ball wegzubringen. Wenn
am nächsten Sonntag in dem Lokal der Weilsbach-Flörs-
heim nicht eifriger gespielt wird, dann dürfte eine Nieder-
lage nicht entfallen. Die 2. Mannschaft liegt gegen
die 1. Mannschaft „Borussia“ Weifenau mit 5:0.

Bekanntmachungen der Gemeinde Flörsheim.

Der Voranschlag über Einnahmen und Ausgaben für
das Rechnungsjahr 1926 liegt in der Zeit vom 3. ds.
Mts. 14 Tage zu jedermanns Einsicht im Rathause Zim-
mer Nr. 10 in den Vormittagsdienststunden öffentlich aus.

Neuanmeldungen zur Haftpflichtversicherung für die
Haftpflichtversicherungsanstalt der Hellen-Rassauischen Land-
wirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in Cassel, werden bei
der hiesigen Gemeindekasse entgegengenommen. Jeder
Landwirt muß sich gegen die Gefahren unermuteter Aus-
gaben schützen und vermeiden dieses am besten, wenn er
der Haftpflichtversicherungsanstalt beiträgt. Die Anstalt
ist darauf bedacht, fortgesetzte Verbesserungen für ihre
Mitglieder zu schaffen. Es wird vom 1. Januar 1926 ab
der Versicherungsschutz auch auf geliehene Sachen aus-
gedehnt. Versichert sind außer der Familie auch alle im
Betriebe tätigen Personen, sowie dem umfassenden Ver-
sicherungsschutz bis zu 100 000 Gm. bei Personen und bis
zu 30 000 Gm. bei Sachschäden. Es liegt daher im In-
teresse eines jeden Landwirts, der Anstalt so bald wie

Klug u. weise

ist die Hausfrau

die ihre Garderobe (Damen-, Herren- und
Kinderkleider), Decken, wollene und seidene
Vorhänge, Kissen, Gardinen, Teppiche, Hand-
schuhe, Federn etc. etc. chemisch reinigen
oder färben läßt. Die meisten Gegenstände
lassen sich sicher wieder wie neu herstellen.
Neuanschaffungen werden gespart und dem
persönlich. Wohlbedingten Rechnung getragen.

Färberei Gebr. Röver,

Chemische Reinigungswerke
Frankfurt a. M.

Annahmestelle Flörsheim a. M.

Burkhard Flesch, Hauptstr. 31

möglich beizutreten. Anmeldungen baldigst an die hiesige
Gemeindekasse erbeten.

Betreffend: Kraftfahrzeuge und Kleinfahrzeuge.
Die Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 5.
Dezember 1925 unterscheidet

a) Kraftfahrzeuge im allgemeinen und
b) Kleinfahrzeuge.

Die Grenze zwischen a und b ist anders gezogen, als
bisher. Fortan gelten als Kleinfahrzeuge solche, deren
Steuernleistung bei einem Außendurchmesser der Rad-
reifen von mehr als 40 cm. 0,7 Pferdestärken, bei kleineren
Durchmesser 0,9 Pferdestärken nicht übersteigt.

Danach werden, und zwar mit Wirkung vom 1. März
1926, die meisten bisherigen Kleinfahrzeuge zu Kraftfahrzeugen,
d. h. zu Kraftfahrzeugen im allgemeinen, und sind den
hierfür bestehenden Bestimmungen ab 1. März 1926 unter-
worfen. Sie bedürfen eines polizeilichen Zulassungsschei-
nes in Verbindung mit einem Kennzeichen (Schild mit
Nummer in schwarzer Farbe). Der Kraftfahrzeugführer bedarf
eines Führerscheines.

Der Zulassungsschein ist bei der Ortspolizeibehörde
schriftlich zu beantragen. Dem Antrag sind folgende Unter-
lagen beizufügen:

1. ein formularmäßiger Antrag.
2. das Prüfungsgutachten eines von der höheren Ver-
waltungsbehörde anerkannten Sachverständigen (Dampf-
fesselüberwachungsverein in Frankfurt a. M.)
3. ein formularmäßiger Antrag zur Ausstellung einer
Steuerkarte. Das Prüfungsgutachten eines Sachverständi-
gen kann durch eine Typenbescheinigung der Erbauungs-
oder Lieferungsfirmen des Fahrzeuges ersetzt werden, sofern
diese Firma behördlicherseits die Befugnis zur Ausstellung
von Typenbescheinigungen erhalten hat. Es empfiehlt
sich, schnellstens mit der Erbauungs- oder Lieferungsfirmen
wegen Aushändigung einer Typenbescheinigung in Verbin-
dung zu treten. Die Entscheidung über Anerkennung der
Typenbescheinigung bereits vorhandener Kraftfahrzeuge steht
der höheren Verwaltungsbehörde zu. Bei älteren Kraft-
fahrzeugen wird mit der Anerkennung der Typenbescheinigung
nicht gerechnet werden können. Es bedarf alsdann des
Prüfungsgutachtens eines Sachverständigen. Da nun zu
befürchten steht, daß der Dampfesselüberwachungsverein
in Frankfurt a. M., der nur für die Prüfung zuständig
ist, am 1. März und bald danach durch die Prüfungen
vieler Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugführer überlastet wird,
empfiehlt es sich für die in Betracht kommenden Kraft-
fahrzeugbesitzer, umgehend das Erforderliche zu veranlassen.
Die für die Zulassung eines Kraftfahrzeuges entstehenden
Kosten setzen sich wie folgt zusammen: Prüfungsgutachten
des Sachverständigen 15.— RM. Erteilung des Zulassungs-
scheines und Zuteilung des Kennzeichens 3.— RM. Ab-
stempelung des Kennzeichens 1.— RM.

Die Ausstellung eines Führerscheines ist auch bei der
Ortspolizeibehörde zu beantragen. Dem Antrag ist bei-
zufügen:

1. ein Fahrdienstnachweis einer der anerkannten Fahr-
schulen,
 2. Geburtschein,
 3. ein amtsärztliches Zeugnis,
 4. ein Lichtbild (Brustbild 6 mal 8 cm.)
- Die Ortspolizeibehörde hat zu prüfen und zu beschei-
nigen, daß gegen den Antragsteller keine Tatsachen vor-
liegen, die ihn als ungeeignet zum Führen eines Kraft-
fahrzeuges erscheinen lassen. Auf Grund des Antrages
findet nach Prüfung und Anerkennung der eingereichten
Papiere eine Führerprüfung durch einen Sachverständigen
(Dampfesselüberwachungsverein in Frankfurt a. M.) statt.
(Schluß folgt in nächster Nummer).

Der Landeshauptmann in Nassau.
Buch Nr. 4 3. 320/26. Wiesbaden, den 2. Februar 1926.
Der Verwaltungsausschuss der Viehseuchen-Entschädi-
gungsfonds und der freiwilligen Ziegenversicherung hat
in seiner Sitzung vom 16. Januar 1926 die Wertgrenzen
und Entschädigungspauschbeträge für die obligatorische
und die freiwillige Ziegenversicherung des Bezirksverbandes
ab 16. Januar 1926 wie folgt festgelegt:

Altersgruppe: 1. (Ziegen über 3 Monate bis zur sicht-
baren Trächtigkeit) Wertgrenze: 12.50 RM. Entschädigungs-
pauschbetrag 1/2 der Wertgrenze 10 RM. Altersgruppe: 2.
(von der Trächtigkeit bis zur Abzahnung) Wertgrenze:
22.50 RM. Entschädigungspauschbetrag 1/2 der Wertgrenze
18 RM. Altersgruppe: 3. (abgezahnte Tiere) Wertgrenze:
20 RM. Entschädigungspauschbetrag 1/2 der Wertgrenze
16 RM.

Die Sonderbestimmungen für eingetragene Herdbuch-
tiere (40 Prozent Zuschlag) und für Ziegenzüchter (stets
Entschädigung nach Gruppe 2) bleiben bestehen.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, auch den
Ziegenzüchter- und Kleintierzüchtervereinen ihrer Gemeinde
Kenntnis zu geben.

Im Auftrage: gez. Schlüter.

An den Herrn Landrat in Wiesbaden pp.

Wird veröffentlicht:

Flörsheim a. M., den 1. März 1926.

Der Bürgermeister: Laud.

Bermischtes.

Brand. In einem Lagerraum eines Photographen in Worms entstand aus noch nicht aufgeklärter Ursache ein Brand, der größere Mengen von Waren und Materialien vernichtete. Das Feuer konnte durch die Feuerwehr erst nach anstrengender Tätigkeit gelöscht werden. Der Schaden ist erheblich.

Lugustener und Leipziger Messe. In der Ueberzeugung, daß, wenn über die Aufhebung der Lugustener zu einem bestimmten Termin das Reichsfinanzministerium sofort eine authentische Pressemitteilung veröffentlichen könnte, dies einen sehr starken Auftrieb für die Absatzschlüsse auf der Leipziger Messe in einer großen Anzahl verschiedener Branchen herbeiführen und damit der deutschen Qualitätsarbeit und dem Export deutscher Erzeugnisse außerordentlichen Nutzen bringen würde, hat die Geschäftsstelle Hannau der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. d. d. entsprechende Schritte in Berlin unternommen.

Neue Mittel für die produktive Arbeitslosenfürsorge. Zur Linderung der im Baugeverbe bestehenden Arbeitslosigkeit beschloß der Magistrat der Stadt Frankfurt a. M., die im Haushaltsplan für 1926 vorgesehenen städtischen Baulenungsarbeiten schon jetzt in Angriff nehmen zu lassen und die hierfür vorgesehenen Mittel von rund 500.000 Mark freizugeben. Zweck Entlastung des Arbeitsmarktes soll dabei den Unternehmern aufgegeben werden, für die Arbeiten Erwerbslose einzustellen.

Wahl Dr. Luthers in die schwedische Akademie der Wissenschaften. Die Königl. Akademie der Wissenschaften in Stockholm hat den Reichskanzler Dr. Luther zum auswärtigen Mitglied ernannt und ihm von dieser Ehrung durch das folgende Schreiben Mitteilung gemacht:

Hierdurch beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Königl. Akademie der Wissenschaften zu Stockholm in ihrer Sitzung vom 27. Januar 1926 Sie zum auswärtigen Mitglied und zwar in ihrer Klasse für ökonomische, statistische und soziale Wissenschaften erwählt hat, was Sie durch das Ihnen gleichzeitig mit der Post zugefandene Diplom bestätigt finden werden.

Der Reichskanzler hat die Wahl angenommen und seinen Dank ausgedrückt.

Familiendrama in Erfurt. In Erfurt erschoss ein arbeitsloser Chauffeur seine Ehefrau und verwundete deren Schwester. Der Täter flüchtete, beging jedoch, als er sah, daß ein Entkommen unmöglich war, Selbstmord.

Blutiges Familiendrama. In Jena-Biegenbain ermordete ein 26-jähriger Badermeister aus Rudolstadt seine Ehefrau, seine beiden Kinder von zwei und vier Jahren und verletzte seinen siebenjährigen Jungen lebensgefährlich. Dann flüchtete er, offenbar, um auch in den Tod zu gehen. Das Motiv ist finanzielle Enttäuschung. Der schlechte Geschäftsgang der Baderlei, die er erst vor einigen Tagen gekauft hatte, hatte ihn zu Verzweiflung getrieben.

Gefährdung der Gräfin Bothmer. Die Affäre der Gräfin Bothmer hat jetzt durch die Gräfin selbst eine sensationelle Wendung genommen. Die Gräfin hat ein Geständnis abgegeben, daß sie den verhängnisvollen Brief der Gräfin Hieronyma selbst geschrieben habe. Der Prozeß wird endgültig in den nächsten Tagen vor dem Hauptschöffengericht in dem unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Westphal und ersten Staatsanwaltes Verlach als Anklageverlesung ginnen.

Die Schlachtungen im Jahre 1925. Die Zahl der Schlachtungen hat 1925 gegenüber dem Vorjahre zugenommen und zwar für Rinder um 8 Prozent, für Schweine um 10 Prozent, für Schafe um 17 Prozent, für Gänse um 20 Prozent. Verglichen mit der Vorkriegszeit bleibt die der Schlachtungen an Rindern noch um 1,4 Prozent, an Schweinen um 26,7 Prozent zurück, während bei Schafen eine Zunahme von 13,3 bzw. 11,1 Prozent zu verzeichnen war. Das Schlachtgewicht hat abgesehen bei Rindern erfreulicherweise zugenommen und zwar bei Schweinen 85 Kilo vor dem Krieg auf 90—91 Kilo, bei Schafen (früher 22) und bei Rindern von 40—41 Kilo. Das durchschnittliche Gewicht bei den Rindern ist jedoch immer noch niedriger als 1923 und zwar bei Schafen 299 gegen 281 Kilo, bei Rindern 226 gegen 240, bei Gänsen 174 gegen 185.

Die Weinbaufläche Preußens. Von den im Reich mit Reb- u. Weinflächen (81.791 Hektar) fallen nach einer amtlichen Statistik auf Preußen 53.662, Wiesbaden 3753, Köln 64, Saarlouis 11 Hektar.

Scott's Emulsion

Das Vitamin reichste Nahrungsmittel für unsere Jugend!

Kräftige Knochen bekommen die Kinder durch Einnehmen von Scott's Emulsion.

Scott's Emulsion enthält die zum Aufbau der Knochen wichtigsten Bestandteile, besitzt hohe Nährkraft und wird auch vom Säugling leicht aufgenommen.

Scott's Emulsion ist unentbehrlich als Kräftigungsmittel bei Skrofulose, englischer Krankheit, Rachitis und Lungenleiden.

Man hüte sich vor Nachahmungen, da diese oft ausstelle des Originalpräparates empfohlen werden.

Scott's Emulsion ist in allen Apotheken und Drogerien zu haben.

DEPOT: Drogerie H. Schmitt.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

(Ortsgruppe Flörsheim.)

Samstag, den 6. März abends 8 Uhr

Volks-Versammlung

im „Hirsch“, Frau Nöhle, Frankfurt a. M. spricht über: „Volk und Fürstenabfindung“
Frauen und Männer erscheint in Massen.

Latscha's Margarine

erwirbt sich durch ihre Güte und Preiswürdigkeit täglich neue Freunde

Senta-Gold 94

(Vollwertiger Butterersatz) Pfd.

Senta-hochfein 80

Delikatess-Margarine Pfd.

Tafel-Margarine 65

Pfd.

Verlangen Sie Gratisproben unserer Spezial-Marke „Senta Gold“

J. Latscha



PERFLOR

ist besser

als das Waschmittel, das Sie benutzen.

Perflor D. R. P. von Glanmer ist etwas noch nie Dagewesenes. Es sind die einzigen selbsttätigen Seifenlösungen, die es gibt.

Perflor ist besser als pulverförmige selbsttätige Waschmittel, weil es ohne jedes Schäufeln für Hände und Hände, ohne Soda und Wasserglas ist.

Rohre die große Wäsche mit Perflor, es hat in einer Viertelstunde die Wäsche für Dich getan.

Perflor ist billig und bequem, denn es verkürzt das Waschverfahren: Einseifen, Einbürsten, zweites Reinigen und lästiges Reiben sind nicht mehr erforderlich.

Perflor ist besser als andere Seifenlösungen, weil es wäscht, bleicht und Flecken entfernt.

Wäsche die feinsten Gewebe, Wolle und Seide, bunte Stoffe kalt oder handwarm mit Perflor.

Perflor ist ein Wunder: Es erhält die Farben und nimmt doch jeden Fleck. Es wäscht schneeweiß und ist doch mild wie die mildeste Seife. Perflor ist chlorfrei. Löse Perflor kalt oder lauwarm.

Preis: Paket 45 Pfg.

HERSTELLER: KRAEMER & FLAMMER, HEILBRONN

Für Konfirmation und Kommunion

Kleiderstoffe	Wäsche und Strümpfe	Seide und Samt
Cheviot in viel. Farben reine Wolle Mtr. 1.85	Konfirmanten-Hemd guter Cretonne mit Stiderei Stück v. 1.95 an	Colonne dopp. brt. in allen mod. Farb. Mtr. 6.75
Popeline reine Wolle, dopp. brt. in allen Modifarben Mtr. 2.10	Konfirmanten-Hose gefchl. m. Hohlraum St. v. 1.95 an	Crêpe de Chine doppelt breit, in schön. Farben Sortiment Mtr. 7.25
Voll-Wolle 116 cm brt. 1a Schweiz Ware Mtr. 1.95	Prinzengrad mit breiter Stiderei Stück 3.95, 3.50	Crêpe marocaine 100 cm breit, in neuen Farben Mtr. 5.75
Schotten eleg. Muster reine Wolle Mtr. 3.95	Leibchen aus gutem Dreil Stück 2.75	Helvetia-Waschseide neuestes Farben Sortiment Mtr. 3.95
Karos neueste Farbenstellung dopp. brt. Mtr. 1.18	Seidenflos-Strümpfe Doppelflosse, Doppelseide Paar 1.75	Adler-Waschseide eleg. Modifarben Mtr. 3.50
Damasse doppelt breit, in hochm. Farben, 1a Qualität Mtr. 2.58	Wacco-Strümpfe fein gestrickt solide Qualität Paar 1.70	Bindener Cooper-Belvet tief schwarz, 70 cm breit Mtr. 8.50

Konfirmanten-Handschuhe in Stoff u. Leder, alle Preislagen, 1a Verarbeitung Kragenranken, Tüchern, Sträußen. Unser billiger Reste-Verkauf dauert nur noch einige Tage.

Kaufhaus Schiff, Höchst a. M.

Bekannt durch seine erprobten Qualitäten, billigen Preise, riesige Auswahl.



Das Blatt der handarbeitenden Frau

Beyers Monatsblatt für Handarbeit u. Wasche

Mit vielen Beilagen.

Es erscheint am 20. jedes Monats und kostet 75 Pf., frei ins Haus 5 Pf. mehr.

Die Buchhändler führen hier

Verlag Otto Beyer, Leipzig

Der fluge Geschäftsmann inseriert!

Stenografenver

„Gabelberger“ Freitag, den 5. März abends 8 Uhr, im „Hirsch“ in Flörsheim a. M. reiches Erscheinen bitte! Der Vorstand

Zwei gebrauchte sehr gut erhaltene einer weiß emaillierten schwarzen zu verkaufen Eddersheimstr.

Monatlich 500. verdienen nachweislich Verreter Keine Vorkenntnisse, kein pital nötig. Damen u. in allen Orten gesucht. bote an Mag. Krug, B. 908, Neue Ansbacher

Sämtl. Schreibart Abdrücken jeglicher Art, v. Zivilprozeßklagen Klageurteilungen, Privatklagen, mündlichst. Verhandlungen, ungen von Forderungen, Erklärungen, Voranmeld. Gezeuge, Reklamationen, um Einmählung der Haus Gebäudeninhabungssteuer werden schnell, diskret und ausgeführt durch

Ph. Remmich Büro für Rechts- u. Stenogr. Hochheim am Main. Sprechstunden in Flörsheim Bahnhofrestaurant 3. Schmitt, allwöchentlich Dienst Donnerstags und Samstags nachm. Besorgungen von Kataster- Antisgerichtspapieren — Fuß von Geschäftsblättern

Sämtliche Bücher Einzelbände u. ganze liefert zu Originalpreisen größeren Aufträgen die Buchhandlung H. Dreisbach, Flörsheim Karthäuserstr. 6, Telefon

Kirchliche Nachrichten. Katholischer Gottesdienst. Freitag 6.30 Uhr hl. Messe (Schwesternhaus), 7 Uhr Ehren des allh. Herzen Jesu, 8 Uhr Fastenandacht. Samstag 6.30 Uhr hl. Messe für die Verstorbenen der Wagnet-Kranken, 7 Uhr Amt für Familie Josef

Israelitischer Gottesdienst. Samstag, den 6. März 1926. Sabbat: Ki-Siso. P. 5.45 Uhr Vorabendgottesdienst, 9.00 Uhr Morgengottesdienst, 2.00 Uhr Minchaggebet, 7.00 Uhr Abendandacht

Wochenplan (vom 5. bis 8. März 1926). Stadttheater Mainz. Freitag 5. „Der Traum ein Leben“ Anfang 7.30. Samstag 6. „Die Meisterfinger von Nürnberg“ Anfang 6.30. Sonntag 7. „Der wahre Jakob“ Anfang 3.00. Montag 8. „Der Orlof“ Anfang 7.00. „Falsch!“ Anfang 7.30.